Allgemeine Liefer- und Leistungsbedingungen (ALB)

der BDE Sales Partners GmbH

§ 1 Geltungsbereich (1) Ergänzend zu allen von uns mit einem Kunden geschlossenen Verträgen über unsere Lieferungen und Leistungen sowie für diesbezügliche vorvertragliche Schuldverhältnisse gelten ausschließlich diese Allgemeinen Liefer- und Leistungsbedingungen (ALB), soweit nichts anderes ausdrücklich in Textform vereinbart ist. Andere Geschäfts- oder Einkaufsbedingungen werden nicht Vertragsinhalt, auch wenn wir ihnen nicht ausdrücklich widersprechen. Dies gilt auch dann, wenn wir unsere Leistungen an den Kunden in Kenntnis entgegenstehender oder abweichender Bedingungen vorbehaltlos erbringen oder in Einzelkorrespondenz auf diese verwiesen wird. (2) Es gelten ausschließlich unsere ALB in ihrer bei Beauftragung durch den Kunden unter www.bdesales.com abrufbaren Fassung, auch wenn bei Bestehen laufender Geschäftsverbindungen beim Abschluss gleichartiger Verträge hierauf nicht nochmals hingewiesen wird, es sei denn, die Vertragspartner vereinbaren in Textform etwas anderes. Dem Kunden wird auf Anforderung die jeweils aktuelle Fassung der ALB auch in gedruckter Form kostenfrei zugesandt. (3) Diese ALB gelten nicht gegenüber Verbrauchern i.S.d. § 13 BGB.

§ 2 Vertragsschluss (1) Unsere Angebote sind freibleibend und unverbindlich, es sei denn, das Angebot ist ausdrücklich in Textform als bindend bezeichnet. Der Kunde hält sich zwei Wochen an Erklärungen zum Abschluss von Verträgen (Vertragsangebote) gebunden. (2) Ein Vertrag kommt nur durch beiderseits unterzeichneten Vertrag oder unsere Auftragsbestätigung in Textform oder dadurch zustande, dass wir nach Erhalt einer Bestellung mit der vertragsgemäßen Leistungserbringung auf Grundlage eines vorhergehenden schriftlichen Angebots beginnen.

§ 3 Vertragsgegenstand (1) Maßgebend für Umfang, Art und Qualität der Lieferungen und Leistungen ist der beiderseits unterzeichnete Vertrag oder unsere Auftragsbestätigung, sonst unser Angebot. Sonstige Angaben oder Anforderungen werden nur Vertragsbestandteil, wenn die Vertragspartner dies in Textform vereinbaren oder wir sie in Textform bestätigt haben. Nachträgliche Änderungen des Leistungsumfangs bedürfen der Vereinbarung in Textform oder unserer ausdrücklichen Bestätigung in Textform. (2) Produktbeschreibungen, Darstellungen und technische Daten sind Leistungsbeschreibungen, jedoch keine Garantien. Eine Garantie bedarf der ausdrücklichen Erklärung in Textform. Insbesondere der Erfolg eines Projekts (z. B. bestimmte Umsatzsteigerung, bestimmte Anzahl an Kundenanfragen, bestimmte Anzahl an neuen Vertriebspartnern) ist nicht Vertragsgegenstand. (3) Wir behalten uns geringfügige Leistungsänderungen vor, sofern es sich um unwesentliche Änderungen handelt, die für den Kunden zumutbar sind. Änderungen gelten als unwesentlich, wenn sie keine erheblichen negativen Auswirkungen auf die Funktionalität oder den wirtschaftlichen Nutzen der Leistung für den Kunden haben.

§ 4 Leistungszeit, Verzögerungen, Teilleistungen, Leistungsort (1) Angaben zu Liefer- und Leistungszeitpunkten sind unverbindlich, es sei denn, sie sind von uns in Textform als verbindlich bezeichnet. Sämtliche Liefer- und Leistungsfristen stehen unter dem Vorbehalt der richtigen und rechtzeitigen Selbstbelieferung. Lieferfristen beginnen mit der Absendung der Auftragsbestätigung durch uns, jedoch nicht bevor alle erforderlichen kaufmännischen und technischen Fragen zwischen dem Kunden und uns geklärt sind und der Kunde alle ihm obliegenden Pflichten (z. B. Beibringung erforderlicher Einwilligungserklärungen, Genehmigungen oder Leistung vereinbarter Anzahlungen) erfüllt hat. (2) Liefer- und Leistungsfristen verlängern sich um den Zeitraum, in welchem sich der Kunde in Zahlungsverzug aus dem Vertrag befindet, zuzüglich einer angemessenen Anlaufzeit nach Ende des Hinderungsgrundes. Dasselbe gilt im Fall von Umständen, die wir nicht zu vertreten haben und wodurch wir an der Lieferung oder Leistung gehindert sind. Zu diesen Umständen zählen insbesondere höhere Gewalt, Pandemien, behördliche Maßnahmen, Streiks sowie Verzögerungen unserer Lieferanten. Beide Vertragspartner sind berechtigt, den Vertrag ganz oder teilweise zu kündigen, wenn das Leistungshindernis länger als drei Monate andauert. (3) Vereinbaren die Vertragspartner nachträglich andere oder zusätzliche Leistungen, die sich auf vereinbarte Fristen auswirken, so verlängern sich diese Fristen um einen angemessenen Zeitraum. (4) Wird auf Wunsch des Kunden eine Verschiebung von Lieferterminen oder Terminen zur Leistungserbringung vereinbart, so sind wir berechtigt, die Vergütung zu dem Zeitpunkt zu verlangen, zu dem sie ohne die Verschiebung fällig geworden wäre. Die Vereinbarung über die Verschiebung von solchen Terminen bedarf der Textform. (5) Mahnungen und Fristsetzungen des Kunden bedürfen zur Wirksamkeit der Textform. Eine Nachfrist muss angemessen sein. Eine Frist von weniger als zwei Wochen ist nur bei besonderer Eilbedürftigkeit angemessen. (6) Wir können Teilleistungen erbringen, soweit die gelieferten Teile für den Kunden sinnvoll nutzbar sind. (7) Unser Sitz ist Steingaden. Abweichend davon ist Leistungsort von Beratungsleistungen der Ort, an dem die Beratung zu erbringen ist.

§ 5 Preise, Vergütung, Zahlung, Aufrechnung (1) Alle Preise gelten, sofern die Vertragspartner nichts anderes vereinbart haben, ab unserem Sitz. Alle Preise und Vergütungen sind Nettopreise zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Mehrwertsteuer und etwaiger anderer gesetzlicher Abgaben im Lieferland sowie zuzüglich Fahrtkosten und Spesen. Zusätzlich vom Kunden verlangte Leistungen werden nach Aufwand in Rechnung gestellt. (2) Es sind vorbehaltlich Abs. 6 die jeweils vertraglich vereinbarten Preise zu zahlen. Soweit für Lieferungen und Leistungen keine Preise vereinbart sind, gilt unsere zum Zeitpunkt der Auftragserteilung gültige Preisliste. Dienstleistungen werden nach Aufwand berechnet. (3) Zahlungen sind, sofern die Vertragspartner nichts anderes vereinbart haben, sofort nach Leistungserbringung und Eingang der Rechnung beim Kunden ohne Abzug fällig und innerhalb von 14 Tagen zahlbar. Kommt der Kunde mit der Annahme der Leistung in Verzug, tritt die Fälligkeit der Vergütung mit dem Zeitpunkt der ursprünglich vereinbarten Abnahme ein. (4) Der Kunde hat während des Zahlungsverzugs Zinsen in Höhe von neun Prozentpunkten über dem jeweils gültigen Basiszinssatz zu zahlen. Das Recht zur Geltendmachung eines darüber hinausgehenden Verzugsschadens bleibt unberührt. (5) Dauert der Verzug des Kunden länger als 30 Kalendertage oder wird dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über sein Vermögen oder eines vergleichbaren Verfahrens unter einer anderen Rechtsordnung stattgegeben, sind wir berechtigt, sämtliche Forderungen gegen den Kunden

sofort fällig zu stellen, sämtliche Lieferungen und Leistungen zurückzuhalten und sämtliche Rechte aus Eigentumsvorbehalten geltend zu machen. (6) Der Kunde kann nur mit von uns unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen. Außer im Bereich des § 354a HGB kann der Kunde Ansprüche aus diesem Vertrag nur mit unserer vorherigen in Textform erteilten Zustimmung, die nicht unbillig verweigert werden darf, an Dritte abtreten. Ein Zurückbehaltungsrecht oder die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen dem Kunden nur innerhalb des jeweiligen Vertragsverhältnisses zu. (7) Erhalten wir nach Vertragsschluss Kenntnis von Umständen, welche ernstliche Zweifel an den Vermögensverhältnissen oder an der Kreditwürdigkeit des Kunden begründen, können wir die Bearbeitung und Lieferung von einer angemessenen Vorauszahlung des Kunden oder von einer Sicherheitsleistung durch Hinterlegung oder Bankbürgschaft abhängig machen.

§ 6 Eigentumsvorbehalt und Rechteevorbehalt (1) Unsere Leistungen bleiben bis zur vollständigen Bezahlung sämtlicher Forderungen, die uns aus der Geschäftsverbindung gegen den Kunden zustehen, unser Eigentum. Zu den Forderungen gehören auch Forderungen aus laufender Rechnung. Der Kunde darf die Vorbehaltsware im ordentlichen Geschäftsgang weiterveräußern. Die aus dem Weiterverkauf entstehenden Forderungen tritt er bereits jetzt an uns ab. (2) Auch sämtliche dem Kunden gemäß dem jeweiligen Vertrag einzuräumende Nutzungsrechte werden dem Kunden erst mit vollständiger Bezahlung sämtlicher Forderungen, die uns aus der Geschäftsverbindung gegen ihn zustehen, übertragen.

§ 7 Vertragsbindung und Vertragsbeendigung (1) Der Kunde kann den Leistungsaustausch im Falle einer Pflichtverletzung unsererseits, gleich aus welchem Rechtsgrund (z. B. bei Rücktritt, Schadensersatzverlangen statt der Leistung, Kündigung aus wichtigem Grund) zusätzlich zu den gesetzlichen Voraussetzungen nur unter folgenden Voraussetzungen vorzeitig abbrechen: a) Die Vertragsverletzung ist konkret zu rügen. Die Beseitigung der Störung ist unter Fristsetzung zu verlangen. Zusätzlich ist anzudrohen, dass nach erfolgreichem Ablauf dieser Frist keine weiteren Leistungen bezüglich der gerügten Störung angenommen werden und damit der Leistungsaustausch teilweise oder ganz beendet wird. b) Die Frist zur Beseitigung der Störung muss angemessen sein. Eine Frist von weniger als zwei Wochen ist nur bei besonderer Eilbedürftigkeit angemessen. Bei ernsthafter und endgültiger Leistungsverweigerung oder unter den sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen (§ 323 Abs. 2 BGB) kann die Fristsetzung entfallen. c) Die Beendigung des Leistungsaustauschs (teilweise oder ganz) wegen der Nichtbeseitigung der Störung kann nur innerhalb von drei Wochen nach Ablauf dieser Frist erklärt werden. Die Frist ist während der Dauer von Verhandlungen gehemmt. (2) Der Kunde kann die Rückabwicklung des Vertrages wegen einer Leistungsverzögerung nur verlangen, wenn wir die Verzögerung allein oder ganz überwiegend zu vertreten haben, es sei denn, dem Kunden ist auf Grund einer Interessenabwägung ein Festhalten am Vertrag auf Grund der Verzögerung nicht zumutbar. (3) Alle Erklärungen in diesem Zusammenhang bedürfen zur Wirksamkeit der Schriftform. (4) Die Kündigung nach § 648 BGB sowie § 648a BGB bleibt nach den gesetzlichen Regeln zulässig. (5) Wir können das Vertragsverhältnis mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn der Kunde über die seine Kreditwürdigkeit bedingenden Tatsachen unrichtige Angaben gemacht oder seine Zahlungen endgültig eingestellt hat oder gegen ihn ein Verfahren zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung läuft oder über sein Vermögen ein

Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren unter einer anderen Rechtsordnung eröffnet worden ist, es sei denn, der Kunde leistet unverzüglich Vorkasse. (6) Laufzeitverträge, die auf unbestimmte Zeit geschlossen sind, können von beiden Parteien mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende gekündigt werden, sofern nicht anders vereinbart.

§ 8 Allgemeine Pflichten des Kunden (1) Der Kunde ist verpflichtet, alle unsere Lieferungen und Leistungen gemäß § 1 Abs. 1 unverzüglich ab Ablieferung bzw. Erbringung oder ab Zugänglichmachung entsprechend den handelsrechtlichen Regelungen (§ 377 HGB) durch einen fachkundigen Mitarbeiter untersuchen zu lassen und erkennbare und/oder erkannte Mängel unverzüglich schriftlich unter genauer Beschreibung des Fehlers zu rügen. (2) Der Kunde erkennt an, dass wir für eine erfolgreiche und zeitgerechte Durchführung von uns geschuldeter Lieferungen und Leistungen auf die umfassende Mitwirkung des Kunden angewiesen sind. Er verpflichtet sich daher, sämtliche für eine sachgerechte Leistungsdurchführung erforderlichen Informationen rechtzeitig und vollständig zur Verfügung zu stellen.

§ 9 Mängel (1) Unsere Leistungen haben die vereinbarte Beschaffenheit und eignen sich für die vertraglich vorausgesetzte, bei fehlender Vereinbarung für die gewöhnliche Verwendung. Ohne ausdrückliche weitergehende Vereinbarung wird ausschließlich eine dem Stand der Technik entsprechende Mangelfreiheit unserer Leistungen geschuldet. Für die Geeignetheit und Sicherheit unserer Leistungen für die kundenseitige Anwendung ist ausschließlich der Kunde verantwortlich, sofern nichts Anderweitiges vereinbart ist. Eine unerhebliche Minderung der Qualität bleibt unberücksichtigt. (2) Mängelansprüche verjähren – außer bei Arglist – in 12 Monaten ab Lieferung oder Abnahme der Leistung. (3) Bei Sachmängeln können wir zuerst nacherfüllen. Die Nacherfüllung erfolgt nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels, durch Lieferung von Waren bzw. Erbringung von Leistungen, die den Mangel nicht haben, oder dadurch, dass wir Möglichkeiten aufzeigen, die Auswirkungen des Mangels zu vermeiden. Wegen eines Mangels sind mindestens zwei Nachbesserungsversuche hinzunehmen. (4) Der Kunde wird uns bei der Fehleranalyse und Mängelbeseitigung unterstützen, indem er insbesondere auftretende Probleme konkret beschreibt, uns umfassend informiert und uns die für die Mängelbeseitigung erforderliche Zeit und Gelegenheit gewährt. (5) Entstehen uns daraus Mehrkosten, dass unsere Leistungen verändert oder falsch bedient wurden, können wir verlangen, dass uns diese ersetzt werden. Wir können Aufwendungsersatz verlangen, wenn kein Mangel gefunden wird. Die Beweislast liegt beim Kunden. § 254 BGB gilt entsprechend.

§ 10 Haftung (1) Wir leisten Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen, gleich aus welchem Rechtsgrund (z. B. aus rechtsgeschäftlichen oder rechtsgeschäftsähnlichen Schuldverhältnissen, Sach- und Rechtsmängeln, Pflichtverletzung und unerlaubte Handlung) nur bei Verschulden unsererseits und in folgendem Umfang: a) Die Haftung bei Vorsatz sowie aus Garantie ist unbeschränkt. b) Bei grober Fahrlässigkeit haften wir in Höhe des typischen und vorhersehbaren Schadens. c) In anderen Fällen haften wir nur bei Verletzung einer vertragswesentlichen Pflicht, bei Mängelansprüchen und bei Verzug, und zwar auf Ersatz des typischen und vorhersehbaren Schadens. Die Haftung ist diesbezüglich begrenzt pro Schadensfall auf die vereinbarte Vergütung des vom Schaden betroffenen Auftrags/Vertragsteils. d) Eine weitergehende Haftung auf

entgangenen Gewinn, Produktionsausfall oder mittelbare Schäden ist ausgeschlossen. (2) Bei Verletzungen von Leben, Körper und Gesundheit und bei Ansprüchen aus dem Produkthaftungsgesetz gelten die gesetzlichen Regelungen. (3) Uns bleibt der Einwand des Mitverschuldens offen.

§ 11 Geheimhaltung, Datenschutz, Referenznennung (1) Die Vertragspartner verpflichten sich, alle ihnen vor oder bei der Vertragsdurchführung von dem jeweils anderen Vertragspartner zugehenden oder bekannt werdenden Gegenstände (Unterlagen, Informationen etc.), die rechtlich geschützt sind oder offensichtlich Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse enthalten oder als vertraulich gekennzeichnet sind, auch über das Vertragsende hinaus vertraulich zu behandeln, es sei denn, sie sind ohne Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht öffentlich bekannt oder es besteht kein rechtlich schützenswertes Interesse. (2) Wir verarbeiten die zur Geschäftsabwicklung erforderlichen Daten des Kunden unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften. (3) Wir dürfen den Kunden nach erfolgreichem Abschluss der Leistungen als Referenzkunden benennen, sofern der Kunde dem nicht in Textform widerspricht.

§ 12 Datenschutzrechtliche Verantwortung des Kunden (1) Im Rahmen der von uns erbrachten Leistungen – insbesondere bei der Identifikation, Recherche und Ansprache von potenziellen Geschäftskontakten im Namen und auf Rechnung des Kunden – handeln wir ausschließlich als externer Dienstleister im Auftrag des Kunden. Der Kunde ist im datenschutzrechtlichen Sinne alleiniger Verantwortlicher gemäß Art. 4 Nr. 7 DSGVO für sämtliche durch uns in seinem Namen erfolgende Datenverarbeitungen (z. B. Recherche, Speicherung, Kontaktaufnahme). (2) Der Kunde stellt sicher, dass alle datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch uns in seinem Auftrag erfüllt sind – insbesondere die Existenz einer gültigen Rechtsgrundlage nach Art. 6 DSGVO. Dies betrifft auch Fälle der Kaltakquise, bei denen durch uns recherchierte und kontaktierte Personen telefonisch oder per E-Mail angesprochen werden. Der Kunde übernimmt hierbei uneingeschränkt die datenschutzrechtliche Verantwortung für Inhalt, Umfang und Zweck der Datenverarbeitung sowie deren Vereinbarkeit mit geltendem Datenschutzrecht. (3) Wir haften dem Kunden gegenüber nicht für datenschutzrechtliche Verstöße, sofern wir die uns obliegenden Pflichten als Auftragsverarbeiter oder Dienstleister ordnungsgemäß erfüllen. Eine etwaige Inanspruchnahme durch betroffene Personen oder Aufsichtsbehörden – etwa wegen behaupteter Verstöße gegen die DSGVO im Zusammenhang mit einer telefonischen oder elektronischen Kontaktaufnahme – richtet sich ausschließlich gegen den Kunden. Der Kunde verpflichtet sich, uns insoweit von allen damit verbundenen Ansprüchen und Kosten freizustellen, es sei denn, ein Verstoß beruht auf vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten unsererseits. (4) Der Kunde ist verpflichtet, uns schriftlich über etwaige Einschränkungen oder Besonderheiten hinsichtlich der zu kontaktierenden Zielgruppen oder Datenkategorien rechtzeitig zu informieren.

§ 13 Gerichtsstand Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist München, sofern der Kunde Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist oder falls er einem solchen gleichgestellt ist oder falls er seinen Sitz oder seine Niederlassung im Ausland hat. Wir sind auch zur Klageerhebung am Sitz des Kunden sowie an jedem anderen zulässigen Gerichtsstand berechtigt.

§ 14 Schlussbestimmungen Sollten einzelne Bestimmungen dieser ALB unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt eine Regelung als vereinbart, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Gleiches gilt für etwaige Regelungslücken.

Stand: 22. Juli 2025